

Herausgeber:

**DKP Deutsche
Kommunistische Partei
im Essener Norden**

Verant.: P. Köbele, Hoff-
nungsstr. 18, 45127 Essen

www.dkp-essen.de
dkp-essen@dkp-essen.de

Druck: Eigendruck

Zeitaufnahme für den Essener Norden

Zeitung der DKP und der Bürgerliste Nord für den Stadtbezirk V



Nr. 1/ 46. Jahrgang

März 2019

Konzept „Freiheit Emscher“

Das Ruhrgebiet braucht neue Arbeitsplätze und preiswerten Wohnraum!

Große Worte waren schnell gefunden bei der Vorstellung des „Interkommunalen Entwicklungsplans Essen - Bottrop“. Vom historischen Schritt für die beiden Städte, ja für das ganze Revier war da die Rede. Und mit den bunten Prospekten unterm Arm posierte die Politprominenz auch sofort für die Pressefotos.



Doch was da unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit zwischen Politik und RAG Konzern ausgeheckt wurde, geht an den Interessen der Menschen in Bottrop und Essen weit vorbei. So sieht es jedenfalls die DKP in beiden Städten, die in einer gemeinsamen Stellungnahme, die wir

hier auszugsweise veröffentlichen, dem Projekt eine Absage erteilt.

Größtes Stadtentwicklungsprojekt in NRW

Mit dem „Interkommunalen Entwicklungsplan Essen – Bottrop“ soll ein Areal von

1.700 Hektar unter dem Werbeslogan „Freiheit Emscher“ entwickelt werden. Auf diesem Gebiet liegen fünf ehemalige Bergbauflächen mit insgesamt 150 Hektar.

Wohnen nur für Besserverdienende

Das Konzept „Freiheit Emscher“ beinhaltet eine hochpreisige Wohnbebauung. Die Erschließung der Emscher und des Rhein-Herne-Kanals darf sich jedoch nicht am Beispiel des Dortmunder Phoenix-Sees orientieren. Statt hochpreisigem Wohnungsbau und einer Marina für Besserverdienende in Essen müssen bezahlbarer Wohnraum und kostenlose Freizeitmöglichkeiten für die Menschen im Revier ein wesentliches Planungsziel sein.

Der Essener Norden und der Bottroper Süden haben die stärksten Umweltbelastungen

Fortsetzung auf Seite 4

Zur Sache

Kniefälle vor der Autoindustrie

Fahrverbote

Nun ist es so gekommen, ab dem 1. Juli darf im Essener Norden kein Diesel mit Euro 4 und ab dem 1. September mit Euro 5 mehr fahren. Und wen trifft dies? Vor allem die kleinen Leute, die nicht das Geld haben, sich alle Jahre ein neues Auto zuzulegen.

Und wer soll schuld sein? Die EU mit ihren Grenzwerten natürlich und die Deutsche Umwelthilfe, die auf Einhaltung der Grenzwerte geklagt hat.

Von den deutschen Automobilkonzernen, deren Fahrzeuge die Grenzwerte nicht einhalten sondern um ein zigfaches überschreiten, ist plötzlich keine Rede mehr.

Dabei sei nur darauf hingewiesen: Hätten diese die Anforderungen der Normen erfüllt, dann wäre jede Diskussion um die Grenzwerte überflüssig, sie würden überall deutlich unterschritten.

Und was sagt die deutsche Politik dazu: Die Grenzwerte müssen weg, davon, die Hersteller zu zwingen, die Fahrzeuge nachzurüsten, ist keine Rede.

So konnte VW erneut einen Rekordgewinn einfahren, Dank AFD, CDU, SPD, ... Und die kleinen Leute, sie schlucken den Feinstaub!

Ihre Redaktion

Die DKP informiert:

Droht ein beschleunigter Ausbau der A42? Wird die A52 doch gebaut? Bedroht das Projekt „Freiheit Emscher“ den Essener Norden?

Fragen auf die der Bottroper DKP Ratsherr Michael Gerber im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung der DKP im Essener Norden Antworten geben wird. Er informiert über den aktuellen Sachstand und die laufenden Planungen.

Die Veranstaltung findet statt am

Donnerstag, dem 14. März 2019

Beginn: 19:30 Uhr

Zeche Carl, Wilhelm-Nieswand-Allee

Aus dem Inhalt

Trump und Merkel putschen ...	S. 2
EU Wahl	S. 2
Lattenkamp, sie lassen nicht locker	S. 3

Venezuelas Mächtigen-Präsident - eine Marionette der USA und der EU

Trump und Merkel lassen putschen!

Seit Jahren steht Venezuela unter politischen und militärischem Dauerbeschuss der USA und ihrer Verbündeten. Im Land selbst verschärfen sich von Monat zu Monat die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Spannungen.

In den westlichen Medien wird der legitime Präsident Nicolás Maduro, der Nachfolger des verstorbenen Hugo Chávez als Diktator verteufelt, die Opposition aus Großgrundbesitzern, Industriellen und teilweise bewaffneten rechtsradikalen Banden zu Kämpfern für die Freiheit hochstilisiert.

Am 25. Januar war es dann soweit. Oppositionsführer Juan Guaidó holte sich telefonisch das o.k. von US-Vizepräsident Mike Pence und rief sich zum Interimspräsidenten aus (Spiegel Online).

Und wenn Herr Pence „go“ sagt, dann ist Frau Merkel nicht weit. Kaum hatte Puttschist Guaidó sich selbst auf den Thron gehoben, da war auch schon Angela Merkel zur Stelle. Sie mischte sich in bisher nicht gekannter Form und in völliger Ignoranz der Verfassung in die inneren Angelegenheiten Venezuelas ein und forderte sofortige Neuwahlen, sonst werde sie Guaidó anerkennen. Den Worten ließ sie dann auch wenige Tage später Taten folgen. Dies, obwohl EU Staaten wie Italien dem nicht folgen wollten.

Was sind die bösen Taten der Chávez / Maduro Regierungen?

Die Frage muss man sich stellen, wenn man sieht, mit welchem Eifer die USA und Teile der EU zu Werke gehen.

Die Untaten sind schnell erklärt: Mit der Wahl von Chávez 1998 wurden

- Die Milliardenenerträge aus den Erdölverkäufen wieder dem Staat zugeführt, vorher landeten sie in privaten Taschen.
- Ein Schulsystem für alle Kinder wurde eingeführt.



Mehr als hunderttausend Menschen demonstrierten für die Regierung Maduro am 2.2.2019 in Caracas

- Die Gesundheitsversorgung wurde kostenlos für alle.

Model Chile

Wie 1973 in Chile lief die nationale Bourgeoisie mit Rückendeckung von USA und EU dagegen Amok.

- Lebensmittel und andere Waren wurden gehortet und kamen nicht mehr in die Läden.
- Die Transportunternehmer streikten.

Das Land wurde gezielt in ein wirtschaftliches und soziales Chaos gestürzt.

Doch was in Chile innerhalb weniger Monate gelang, sollte in Venezuela (bislang) scheitern: Das Militär steht zur Verfassung und ignoriert auch die Angebote Trumps für eine militärische Intervention.

Hände weg von Venezuela! Venezuela erlebt weltweit breite Solidarität von all jenen die erkannt haben, Trump und Merkel wollen nur das Öl.

NS Gesetze aufgewärmt

Neues Polizeigesetz in Kraft

Im Dezember 2018 verabschiedete der Landtag in NRW das neue Polizeigesetz. Dieses soll, so die Befürworter, helfen, schwere kriminelle Verbrechen, vor allem terroristische Anschläge zu verhindern.

Der ehemalige SPD Innenminister Jäger brachte es mit auf den Weg, der neue CDU Mann Reul nur durch das Parlament. Das neue Polizeigesetz.

Jäger, der in geradezu neurotischer Weise sich der Bekämpfung der sogenannten Rockerkriminalität widmete und es mit einem Millionenaufwand immerhin zu Stande brachte, ein Taschenmesser und ein Luftgewehr sicher zu stellen, hatte schon im Fall Anis Amri bewiesen, dass er und sein Amt nicht in der Lage sind, bestehe Gesetze zum Schutz der Bevölkerung

zu nutzen. In seine Fußstapfen tritt Minister Reul, der von einer Panne in die andere schlittert.

Beiden gemein ist, sie treten die Flucht nach vorne an mit einem neuen (alten) Gesetz. Dieses beinhaltet unter anderem:

- Vorbeugendhaft bis zu 14 Tagen
- Ausspähen von Telefon und Messangerdiensten
- Willkürliche Razzien ohne konkreten Tatverdacht, im Gesetz „strategische Fahndung“ genannt

Alles schon mal gehabt, von 1933 - 1945.

Abrüstern statt Aufrüsten

DKP kandidiert zur EU Wahl

Die DKP hat die erste Hürde des EU-Wahlkampfes genommen. Bis zum Redaktionsschluss sind 5470 bestätigte Unterstützerunterschriften beim Parteivorstand in Essen eingegangen. Benötigt werden 4000.

„Wir gehen davon aus, dass wir unser selbstgestecktes Ziel von 6000 Unterschriften erreichen und danken allen, die zu diesem Erfolg beigetragen haben. Und natürlich danken wir allen, die den Wahlantritt der DKP mit ihrer Unterschrift unterstützt haben“, so Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP.

Bereits bei der Unterschriftensammlung hat das Wahlprogramm der DKP „Gegen das EU-Europa der Banken, Konzerne und Kriegstreiber. Für ein soziales und friedliches Europa der Völker.“ eine große Rolle gespielt.

Meinst Du,
die Russen
wollen Krieg?

Frieden mit
Russland!
Wählt Kommunisten!



Lattenkamp: Kampf um Spielplatz geht in die nächste Runde

Sie lassen nicht locker!

Im Mai 2018 hatten die Kinder und Eltern aus dem Lattenkamp die Nase voll. Trotz Unterschriftensammlungen, Auftritten in der Bezirksvertretung und Aktionen für einen Neuaufbau des Spielplatz im Lattenkamp, hatten die Politiker sich nicht gerührt.

Anwohner und Kinder demonstrierten mit Planwagen und Autos zum Essener Rathaus, wo sie von Oberbürgermeister Kufen empfangen wurden.

Dieser kam auch am 22. Mai in den Lattenkamp. Kindern und Eltern wurde zugesagt, dass kurzfristig ein direkter Durchgang zum benachbarten Spielplatz im Bürgerpark geschaffen werden soll. Im neuen Spielplatzbedarfsplan, der 2020 kommen soll,



Zumindest Schilder weisen schon mal darauf hin, wo es eigentlich zum Spielplatz gehen sollte!

sollte der Lattenkamp und Altenessen mit ganz hoher Priorität angegangen werden. Doch bis zum Winter vergingen sieben Monate, ein

gleich Schilder mit dem Hinweis „Durchgang zum Spielplatz“ aufgehängt.



Kinder aus dem Lattenkamp am 4. Mai bei OB Kufen

Durchgang zum Bürgerpark wurde nicht geschaffen.

Bereits zum zweiten Mal organisierten sie deshalb mitten im Winter ein Fest, mit dem sie für den Wiederaufbau ihres Spielplatzes demonstrierten.

Von der lokalen Politik war wieder mal weit und breit niemand zu sehen.

Versprechen nicht gehalten

Um daran zu erinnern, dass der Durchgang zum Spielplatz Bürgerpark schon längst Realität sein sollte, wurden im Laufe des Festes an den Stellen, wo die Tore zum Park hingehören auch

OB von Verwaltung vorgeführt

Am 22.02.19 fand endlich ein Gespräch bei Grün & Gruga statt. Ergebnis: einen Spielplatz wird es nicht geben, egal was der Oberbürgermeister sagt. Der Durchgang wäre auch nur dann zu bekommen, wenn die Lattenkämpfer die Verkehrssicherungspflicht übernehmen. Das konnten sie nicht unterschreiben! Einziges Angebot: der hintere Eingang in den Bürgerpark soll nun von hell bis dunkel immer geöffnet sein. Ein nicht akzeptables Ergebnis.

Der Kampf geht weiter!

Aus dem Bezirk V - kurz & knapp

Bezirksvertretung Nein zu neuer Müllverbrennung im Hafen

Da hat die Bezirksvertretung V endlich mal schnell und einmütig reagiert. Den von der Firma Harmuth im Stadthafen geplanten Bau einer Sondermüllverbrennung lehnte sie einstimmig ab.

Mit jeder anderen Entscheidung hätte sich die Bezirksvertretung auch um jede Glaubhaftigkeit gebracht. Denn wie will man den Menschen im Essener Norden noch erklären, dass eine neue Dreckschleuder im Stadthafen gebaut werden soll, wenn die Menschen im Stadtteil zum Schutz der Umwelt ihre Dieselfahrzeuge stehen lassen sollen.

Bleibt nur zu hoffen, dass der Rat sich ebenso verhält nicht denkt, der Norden ist ja weit weg, da kann man so was schon machen.

Die Kirche im Dorf lassen? Neubau des Marienhospitals

Großes vor hat die Contilia Gruppe, bundesweite Betreiberin von Krankenhäusern. Sie will das Marienhospital in Altenessen 2020 abreißen und durch einen deutlich größeren Neubau ersetzen. Dieser soll dann auch die Bettenkapazitäten des Philippusstiftes in Borbeck und des St. Vincent Krankenhauses in Stoppenberg aufnehmen. Diese beiden Krankenhäuser sollen dann nur noch als Ambulanzen dienen. Den Neubauplänen sollen dann auch die Kirche St. Johann Baptist und auch der kleine Park zwischen Krankenhaus und Altenheim zum Opfer fallen.

Mit dem Neubau ist auch mit einem deutlich erhöhten PKW-Aufkommen zu rechnen, wie schon der geplante Bau eines Parkhauses zeigt.

Die Frage sei gestattet, ob man nicht besser die Kirche im Dorf lassen sollte und den Krankenhausneubau auf einer der Freiflächen an der Gladbecker Straße realisiert.

Karnap: Nach Unfall vom 3./4. Februar 2019

Wie sicher ist das Kraftwerk noch?

Man fühlte sich ins belgische Tihange versetzt. Störfall im Kraftwerk und erst Stunden später wird die Öffentlichkeit informiert, dass giftiges Aktivkoksgranulat ausgetreten sei und die nahe Umgebung verseucht habe, Schuld war ein Loch in einem Filter, was ein bezeichnendes Licht auf die Prüfqualität der Betreiber wirft.

Es stellt sich somit generell die Frage, wie sicher das in die Jahre gekommene Kraftwerk noch ist.



Fortsetzung von Seite 1: Konzept „Freiheit Emscher“

Gewinne werden privatisiert - Schulden zahlen wir!

im Ruhrgebiet. Der Krebsatlas weist hier die höchsten Werte in NRW auf.

Umweltbelastung reduzieren

Das Konzept für diese Region sieht jedoch keine Maßnahmen zur Reduzierung der Umweltbelastungen vor. Ziel muss es sein, emissionsfreie Arbeitsplätze in der Industrie und im Dienstleistungsbereich zu schaffen. Dies schließt die Ansiedlung von Logistikunternehmen aus, wie sie auf der Fläche Emil-Emscher in Essen an der B224 geplant ist.

Das Konzept beinhaltet den Ausbau der B 224 zur Transitautobahn A 52 sowie eine Fortführung der A 52 in den Essener Süden. Dies würde jedoch zu einer massiven Verschlechterung der Wohn- und Lebensbedingungen und einer weiteren Umweltzerstörung in den betroffenen Stadtteilen in Essen und Bottrop führen. Auch diese Planung orientiert sich ausschließlich an den Interessen der Industrie.

Arbeitsplätze schaffen

Notwendig ist eine Festlegung, wie viele neue Arbeitsplätze in welchen Branchen geschaffen werden sollen. Diese fehlt im Konzept völlig.

Eine Mogelpackung

Viel zu gering ist die Orientierung des Konzepts auf die Schaffung von neuem preiswertem Wohnraum. Um den Eindruck zu erwecken, man habe auch an die „Normalos“ gedacht, wurden flugs die bereits bestehenden Planungen für Wohnbebauung in Bottrop Ebel und am Welheimer Markt mit ins Konzept gemogelt.

Schnell ließe sich in Bottrop auf dem Prosper II-Gelände an der Knappenstraße Mietwohnungsbau realisieren. Zukünftig sollte auch Mietwohnungsbau im Sturmshof auf

Bottroper und Essener Gebiet sowie auf der Fläche Hafen Coelln-Neuessen in Essen realisiert werden. Eine Aufwertung des Wohnumfeldes der bestehenden Wohnsiedlungen in Bottrop Ebel und am Welheimer Markt sowie in Vogelheim und Altenessen-Nord in Essen fehlt im Konzept völlig.



Blick auf Teile des Planungsgebietes

Industrie saniert sich auf Kosten der Menschen

Die ehemaligen Flächen des Bergbaus, die sich derzeit im Besitz der RAG sowie der RAG Montan Immobilien befinden, sind in **öffentliches Eigentum zu überführen**. Die Sanierung und Beseitigung von industriellen Altlasten des Bergbaus, eigentlich eine Aufgabe der alten Zechenbesitzer, wurde zu einer öffentlichen Aufgabe erklärt, die große Summen des Bundes, des Landes NRW wie auch aus dem EU-Strukturfond verschlingen wird.

Frei nach dem Motto „Gewinne privatisieren, Schulden verstaatlichen“ wollen die RAG und ihr Tochterunternehmen RAG Montan Immobilien die Entwicklung der ehemaligen Bergbauflächen zu einem lukrativen Geschäft machen. Diese öffentlich-private Kooperation soll hierfür eine gesonderte Managementstruktur erhalten. Damit wer-

den dem Finanzkapital – mit Hilfe der beiden Städte und des Landes NRW – ganz besondere Anlage- und Gewinnmöglichkeiten geboten.

DKP sagt nein!

Diese öffentlich-private Zusammenarbeit lehnt die DKP entschieden ab. Die DKP lehnt ebenso die Gründung

einer Entwicklungsgesellschaft, einer GmbH mit Aufsichtsrat, zur Nachnutzung von Bergbauflächen in Kooperation mit der RAG Montan Immobilien ab. Die Federführung wurde bei der RAG Montan Immobilien liegen, die Städte spielen nur eine Statistenrolle.

Öffentlichkeit beteiligen!

Die Stadträte von Essen und Bottrop müssen die demokratische Kontrolle über den Flächennutzungsplan und die notwendigen Bebauungspläne ausüben. Die Öffentlichkeit ist in vollem Umfang an der Planung zu beteiligen und nicht vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Das aber passiert, wenn man die Entwicklung dieses Gebiets in die Hände einer **undurchsichtigen Entwicklungsgesellschaft legt, die ausschließlich von den Gewinninteressen der RAG Montan Immobilien geleitet wird.**

UZ unsere zeit

Wochenzeitung der DKP

Sonntags shoppen?

Wir sind viele und eins

Tarifrunde bei der Postbank

Automobilindustrie – wie weiter?

Flexibel und robust

Was tun gegen rechts im Betrieb?

Reichtum umverteilen

Ein Euro mehr und volle Ost-West-Angleichung

Tarifforderung für das Kfz-Handwerk

Tarifvertrag und gesunde Arbeit

Jetzt 6 Wochen die UZ Probelesen

Kostenlos.
Das Probe-Abo
endet automatisch

UZ-shop
100% UZ – 100% ROT

www.uzshop.de

**DKP -
die tun was!**

Neugierig? Interessiert?

Informieren Sie sich doch einmal über die Kommunisten in der Bundesrepublik. Sie bieten keine Karriere, keine Orden, kein Geld, aber viel Einsatz für die Interessen der Menschen.

Ich möchte mehr zur DKP wissen und hätte gerne*

Informationen

einen Termin

einen Anruf

ein UZ-Probeabonnement

Ich möchte Mitglied der DKP werden

*=Zutreffendes bitte ankreuzen

Name: _____

Vorname: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Bitte zurücksenden an:
DKP Kreis Essen
Hoffnungsstr. 18
45127 Essen